

DB-Sammler (DBS) Liste Nr. 13

Der DB-Sammler Nr. 13 zeigt Giftstoffe und die Gefahr des Atommülls sowie eine neue Art der Atommüll-Endlagerung.

Die Proteste und Mahnungen der Experten gegen das falsche Tun der Regierung haben bislang zu nichts geführt. Das beweisen nachfolgende Datenblätter.

DB ↓ Nr. Kurze Erläuterungen ↓ zu den Datenblättern

- 2.17** Der Atommüll muss schnellstens weg. Ich halte meinen Vorschlag dafür geeignet.
- 12 139** Dieser Vorschlag wäre sofort leicht machbar.
- 2.13** zeigt die Begünstigung der Atomkraftwerke und den Schaden von Solaranlagen, der durch die Regierungsparteien entsteht. Müssten die AKWs ihre Strom-Gestehungskosten zu 100 % selbst tragen, würde die kWh 2,0 Euro kosten, und nicht den Preis von 0,076 Euro, mit dem ich gerechnet habe. Moderne Solaranlagen liefern nur sehr geringe Mengen Strom als Anteil des jährlichen Stromverbrauchs. Deshalb kann man mit deren Preis pro kWh nicht rechnen.
Bei Solaranlagen auf Nahrungsflächen muss man ebenfalls mit dem Schaden rechnen, der dadurch entsteht.
- 2.16** Auch Herrn Gerbers Protest wird im ganzen Land nicht beachtet.
- 2.14** Ebenso wird der Protest gegen giftige Solarpanels missachtet.
- 2.12** Es gibt immer noch Häuser, die lichterloh brennen, weil man die alte, vom Staat subventionierte Dämmung nicht ersetzt.
- 2.19** Gülle ist ein Naturstoff. Es könnte auf keinen Fall schaden, ihn auf größeren Flächen zu verteilen, meiner Meinung nach auch hin und wieder in ortsfernen Wäldern. Dann gäbe es die Verunreinigung von Trinkwasser nicht.
- 2.20** Man müsste schnellstens auf Wasserstoff-Powerpaste umstellen. Dann bräuchte man nicht viele Millionen Pkws zum Schaden der Eigentümer zu verschrotten.
- 2.28** Ließe man die Windrad-Hersteller die tragenden Teile der Vielzweck-Trassen Typ 2 und Typ 6 herstellen, hätten sie ein weit größeres, rentierlicheres und unschädlicheres Betätigungsfeld.

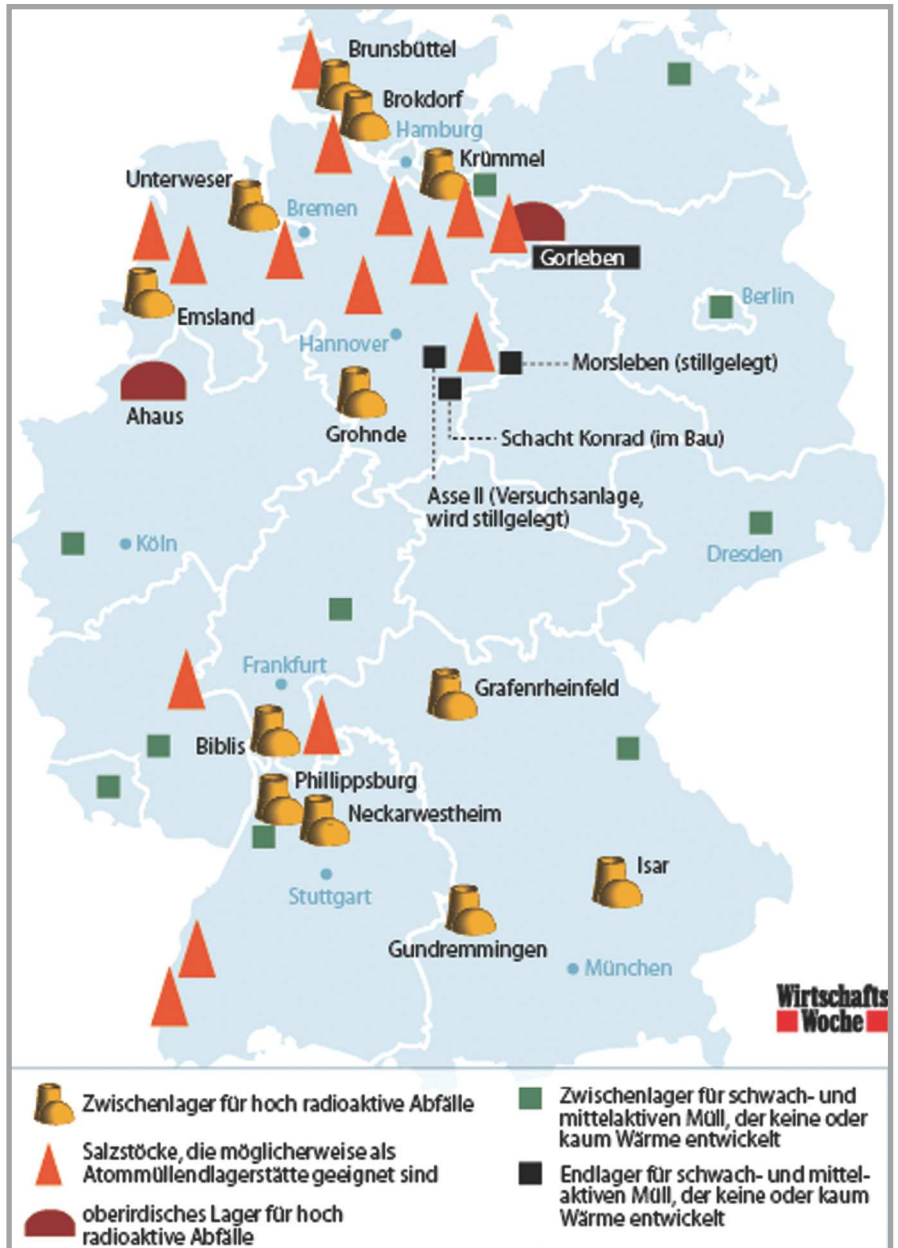
WirtschaftsWoche | Samstag, 26. März 2011

Atommüll in Deutschland

Wo in Deutschland heute radioaktive Abfälle gelagert werden und wo sie endgelagert werden könnten.

Wenn ein Atomkraftwerk explodiert oder ein Flugzeug in ein Atomkraftwerk reinfliegt, dann dürfen die Menschen noch hunderte Kilometer weit weg vom Schauplatz der Tragödie Radioaktivität abbekommen. In Deutschland wird gerade aus Panik und Verzweiflung der Weg aus der Atomkraft gesucht, und so wurden, aus welchen Gründen auch immer, einige Atomkraftwerke vom Netz genommen, damit der Pöbel beruhigt ist, so vermutlich die Denkweise manches Politikers und Politikerin. Dass die Atomkraftwerke aber immer noch weiterlaufen und nur keinen Strom ausliefern, wird dabei schnell übersehen, und viele Menschen wissen dies schon gar nicht. Auch der Fall Fukushima zeigt, dass man Atomreak-

toren nicht einfach den Stecker herausziehen kann. Bis zu 5 Jahren nach Abschaltung des Reaktors haben die Brennstäbe im Reaktor überhaupt erst die Temperatur, diese mit einem Castorbehälter wegzutransportieren. Bis dahin kann an den Brennstäben und an der Umgebung im Extremfall viel passieren.



Die Deutschlandkarte zeigt die Standorte von radioaktivem Müll in ganz Deutschland



Link zum Artikel:

<http://landkartenindex.blogspot.de/2011/03/deutschlandkarte-zeigt-die-standorte.html>

Datenblatt Nr. 2.17

Hochgebirgssee

- A) zur Kühlung der A-Müllbehälter
- B) für Wasser, um es auf die schwindenden Gletscher zu pumpen.

1.000 Meter über Normalnull

Atom-Müllbehälter

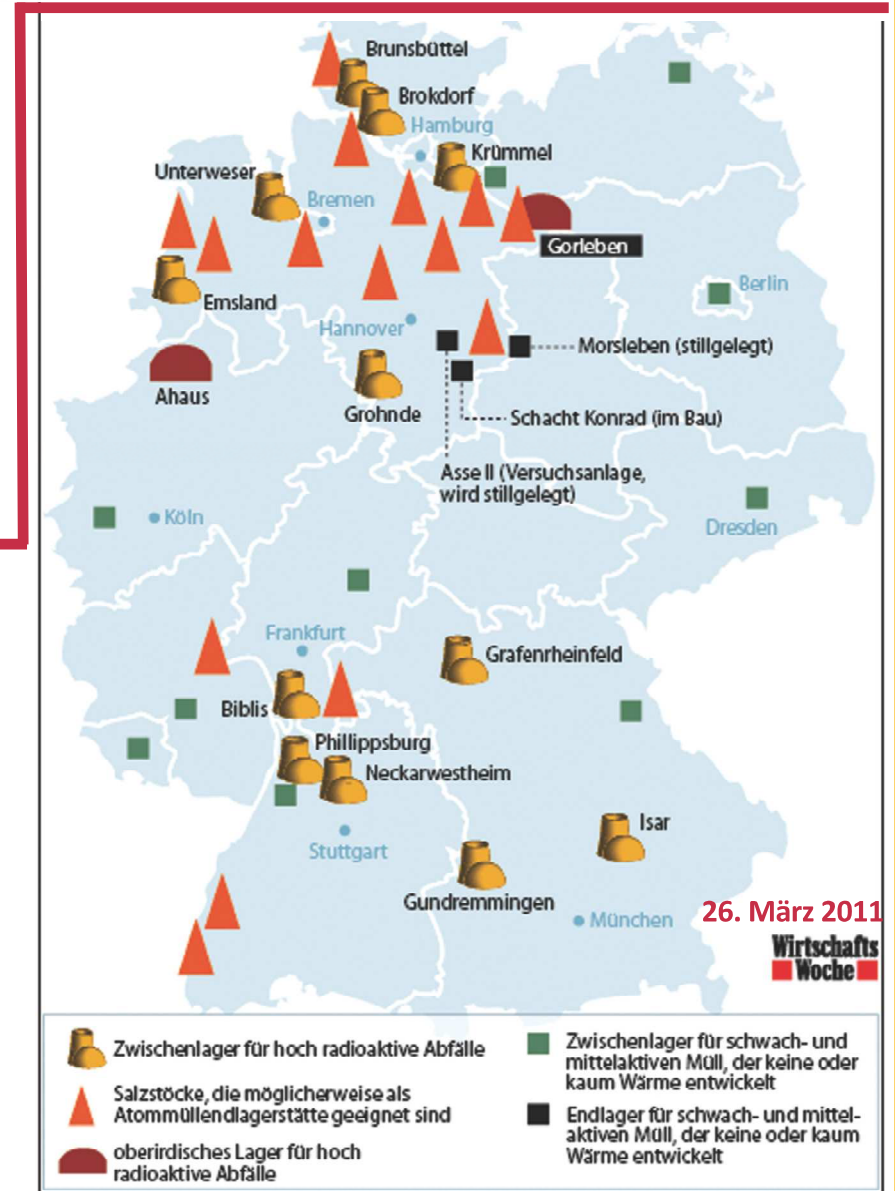


Sacktunnel, mind. 3 km lang, für die Endlagerung von A-Müll, in dem die Atom-Müllbehälter eingelagert und notfalls gekühlt werden können.

Der deutsche Atommüll lagert zu großen Teilen nicht sicher genug in Atomkraftwerken sowie im Freien. Dieser Zustand wird schon seit 2010 von den zuständigen Fachleuten als sehr große Gefährdung der Bevölkerung beanstandet. Aber bisher wurde keine Gefahr-Problemlösung, die man als sehr sicher oder als ähnlich gut betrachten kann, gefunden.

Die FW unterbreiten deshalb diesen Vorschlag der Öffentlichkeit und bitten um Unterstützung.

Atommüll in Deutschland



500 Meter über Normalnull

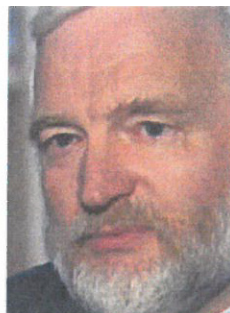
Speichersee für Rückhalt von zu viel Starkregen, um die schlimmsten Hochwasserschäden zu vermeiden und bei Waldbrand Wasser in der Nähe zu haben.

Sendung "Frontal21" | Stand: 17.09.2008

Atomkraft - Subventionskosten - in Deutschland

"Kosten zahlt Steuerzahler"

Während die Energiekonzerne Milliarden mit der Atomkraft verdient hätten, seien die Kosten für Forschung, Risikovorsorge und Entsorgung sozialisiert und auf den Verbraucher abgewälzt worden, kritisiert auch der energiepolitische Sprecher der Grünen im baden-württembergischen Landtag, Franz Untersteller. "Wenn Sie genauer hinschauen, dann stellen Sie fest: Die Gewinne streichen EnBW, RWE, Vattenfall und Eon ein - die Kosten der Kernenergienutzung zahlt der Steuerzahler", sagt er gegenüber Frontal21.



ZDF

Olav Hohmeyer bezeichnet Atomsubventionen als Fehler.

So würden beispielsweise Betrieb und Stilllegung kerntechnischer Forschungsanlagen in Karlsruhe etwa vier Milliarden Euro kosten. Geld, das überwiegend der Staat bezahlt. Auch für die größte Investitionsruine der Atomwirtschaft, den sogenannten Schnellen Brütters in Kalkar, kam der Bund auf 2,177 Milliarden Euro kostete das Projekt den Steuerzahler. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gab der Bund insgesamt mehr als 40 Milliarden Euro für die Förderung der Atomenergie aus.

Paulitz: "Massive Subventionierung"

Auch im laufenden Betrieb profitieren die Kraftwerks-Betreiber von atomfreundlichen Gesetzen. Henrik Paulitz von der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) beklagt etwa die beispiellose Unterversicherung der Kraftwerksbetreiber. Nach einer Hochrechnung, die die Bundesregierung bereits in den 90er Jahren in Auftrag gegeben hat, würde ein Atomunfall in einem Reaktor wie Biblis zu volkswirtschaftlichen Schäden in Höhe von mehr als 5.000 Milliarden Euro führen.

Doch die Betreiber sind lediglich gegen Schäden bis zu 2,5 Milliarden Euro versichert. "Das sind weniger als 0,1 Prozent der zu erwartenden Schäden", sagt Paulitz. Kein anderer Industriezweig könne seine Haftungsrisiken derart vernachlässigen. "Diese Unterversicherung ist nichts anderes als eine massive Subventionierung der Atomindustrie", kritisiert er. "Würde man alle externen Kosten dem Atomstrom anlasten, dann käme man pro Kilowatt Atomstrom auf eine Größenordnung von zwei Euro." Dann wäre Atomstrom nicht mehr konkurrenzfähig. Im Gegenteil, er wäre nicht mehr verkäuflich, sagt Paulitz.



ZDF

Henrik Paulitz warnt vor Sicherheitsrisiken.

Sicherheitswarnung für Biblis B

Die Gefahr eines Reaktorunfalls ist für Paulitz keineswegs nur theoretisch gegeben. Er hat sich für den IPPNW intensiv mit dem Atomkraftwerk Biblis B befasst. "Das AKW Biblis B befindet sich in einem katastrophalen sicherheitstechnischen Zustand, wir haben mehr als 150 Sicherheitsmängel für die Anlage nachgewiesen", erklärt er. Der IPPNW klagt deshalb derzeit auf die Stilllegung der Anlage. RWE weist die Kritik der Atomkraftgegner zurück. Biblis B sei sicher und ausreichend versichert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

immer größer wird der Widerstand gegen Entscheidungen im Verkehrs-, Energie- und im Finanzsektor, weil die Bevölkerung registriert, dass viele politische Entscheidungen fallen bzw. schon gefallen sind, die die Lebensqualität zunehmend einschränken, ja teils sogar gefährden sowie davon zeugen, **dass die kompetentesten Fachleute unseres Volkes an den Beschlüssen nicht mitgewirkt haben bzw. deren Einwände nicht beachtet wurden, z. B. bezüglich folgender Sachverhalte:**

- **Die Abschaltung der Atomkraftwerke, ohne dass ein Nutzen und ein Sicherheitsgewinn entstanden ist.**
- **Die Nichtbeseitigung des sogenannten Atommülls – eine enorme Gefahrenerhöhung für uns alle.**
- **Die Inbetriebnahme von Kohlekraftwerken, anstatt umweltschonender möglicher Alternativen.**
- **Die Zerstörung von Wald- und Ackerflächen zur Stromerzeugung sowie zum Bau von Verkehrs- und Stromtrassen.**
- **Fehlende Herstellung von wirksamen Schutzmaßnahmen gegen die schlimmsten Hochwasserschäden.**
- **Fehlende Maßnahmen gegen den Gletscherschwund und den daraus resultierenden Wassermangel in Dürreperioden.**
- **Förderung der Geldentwertung, anstelle sinnvoller Investitionen in den südlichen EU-Staaten.**
- **Keine effektiven Initiativen gegen die Erdausbeutung durch das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas.**
- **Keine Maßnahmen, die viele weitere Misstände im öffentlichen Bereich verhindern können.**

Nachstehend ein bedrohliches Beispiel, veröffentlicht in der "Welt" am 18.07.2014:

Diplomkaufmann Ernst Gerber aus Annweiler, Vorstand des Fördervereins Initiative Pro Pfälzerwald, protestiert zusammen mit elf Umweltverbänden gegen die Aufstellung von 60 Windrädern im UNESCO-prämierten Biosphärenreservat Pfälzerwald / Nordvogesen. Diese Windräder hätten eine ungewöhnliche Größe, nämlich 200 m Höhe, Nabenhöhe 149 Meter, Flügelspannweite 120 m, ein einziges Rotorblatt wiegt 60 Tonnen und müsse auf schotterbefestigten Wegen quer durch die Wälder gewuchtet werden. Für jedes einzelne Windrad würden 3.000 Tonnen Beton und 100 Tonnen Stahl verbaut. Um den Mastenwald der 200 Meter hohen Giganten zu errichten, müssten 200.000 Tonnen Beton, 130.000 Kubikmeter Schotter herangekarrt werden – ein Materialbedarf, der nur mit 60.000 Schwerlastfahrten zu bewältigen sei. Was Herrn Gerber erbost, ist die Vertuschung der Folgenabschätzung durch die Verwaltung. Niemand lege den Anwohnern offen, was der Preis ist, den der Biosphärenwald zu zahlen hat. Er müsse nicht nur die Verbrennungsabgase von 600.000 Liter Diesel verkraften, sondern auch noch Rodungen von 850.000 Quadratmetern unberührter, unzerschnittener Waldfläche – für jedes einzelne Windrad 500 Quadratmeter. Und diese Riesenmühlen sind kein Spielzeug, das schon bald wieder im Wald versinkt. Die Zufahrtspisten müssen für Wartung und Betrieb dauerhaft offen gehalten, die Standorte weiträumig mit Metallgittern und Stacheldraht gegen ungebetene Besucher abgesperrt werden. Das sei ein Waldzerstückelungsprojekt in unverantwortlich großem Ausmaß.

Die auf Samtpfoten daher kommende Energiewende erweist sich hier als geradezu gewalttätiges Projekt, welches die natürlichen Lebensgrundlagen bedroht. Das mussten zuerst die Ortschaften erfahren, die für die Braunkohle weggebaggert wurden oder, wie an Ruhr und Saar, auf der Zeitbombe nachgebender Steinkohlestollen sitzen. Das mussten die Wälder erleiden, die im sauren Regen siechten und flächig abzusterben drohten. Das offenbarte sich beim Zusammenbruch des technischen Managements der Kernkraftwerke von Tschernobyl und Fukushima. Das lauert in Abklingbecken und Castorbehältern – die teils ungeschützt im Freien lagern – als das noch immer ungebändigte Gespenst des Atommülls. Das kriecht in Gestalt der Energiepflanzen über den Erdball und lässt, wo sie angebaut werden, die Wälder und Ernährungsbasis schrumpfen. Hinzu kommen die Kosten für die Stromverbraucher, die sich mit jeder neuen Anlage jährlich – zum Schaden für die privaten Stromverbraucher – erhöhen. (Zurzeit sind es 26.000.000.000 Euro = 26 Mrd. Euro pro Jahr.) Es ist die unsinnigste Vergütung für niemals ausreichende grüne Energieerzeugung auf deutschem Boden. Selbst wenn noch zehnmal so viele Anlagen gebaut werden, fehlt der Strom, wenn Wind und Sonne Pause machen.

Datenblatt Nr. 2.16

Die Schattenseiten des Sonnenstroms | Die Weltwoche, Ausgabe 15/2012 (Seite 1 von 6)

Die Schattenseiten des Sonnenstroms

Auszugsweise:

Würde es sich bei Solarpanels um gewöhnliche Elektro- oder Elektronikgeräte handeln, wären viele von ihnen verboten. Fotovoltaik-Strom belastet die Umwelt mit mehr giftigen Substanzen als Atomstrom. Solarpanels verbrauchen zudem knappe Rohstoffe.

Von Walter Rüegg, Alex Reichmuth

Zahlreiche Solarpanels enthalten giftige Schwermetalle wie Blei und Cadmium, die laut der EU-Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe (RoHS) eigentlich nicht verwendet werden dürfen. Auch die Schweiz orientiert sich an dieser Richtlinie. Doch im November 2010 hat das Europäische Parlament beschlossen, Solarpanels nicht der RoHS-Richtlinie zu unterstellen und sie somit vom Schwermetall-Verbot auszunehmen.

Bei einem Verbot hätten insbesondere sogenannte Dünnschicht-Solarzellen, bei denen toxisches Cadmiumtellurid eingesetzt wird, nicht mehr auf Dächer montiert werden dürfen. Die amerikanische Umweltbehörde und die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation haben Cadmiumtellurid als krebserregend eingestuft. Vor dem Entscheid des Europaparlaments hatten international renommierte Wissenschaftler die EU in einem Aufruf aufgefordert, die RoHS-Richtlinie auf Solarzellen auszudehnen. Hier finde «eine großflächige Verbreitung von giftigen Stoffen» statt, meinte beispielsweise Jürgen Werner vom Institut für Physikalische Elektronik der Universität Stuttgart, einer der Unterzeichner der Initiative.

Doch der Aufruf der besorgten Wissenschaftler, keine Schwermetalle in Solarzellen zu verwenden, war vergebens. Vor dem Entscheid des EU-Parlaments hatten die Produzenten der Dünnschicht-Solarzellen gegen ein Verbot von Schwermetallen lobbyiert – namentlich die amerikanische Firma First Solar, welche 2010 die Weltmarktführerin von Solarzellen war und in Deutschland große Fertigungskapazitäten besitzt. First Solar hat ausschließlich cadmiumhaltige Produkte im Angebot. Cadmiumtellurid-Zellen und andere Dünnschichtzellen seien «unverzichtbar in dem Bemühen der EU, ihre Ziele in Bezug auf erneuerbare Energien [...] zu erreichen», ließ First Solar verlauten.

Dünnschichtzellen sind deutlich billiger als die klassischen Solarzellen auf Siliziumbasis. «Mit Cadmiumtellurid wären wir niemals von den hohen Solarpreisen heruntergekommen», bestätigte Wolfram Jaegermann, Professor für Materialwissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt.

Link zum Artikel:

<http://www.weltwoche.ch/weiche/hinweisgesperrt.html?hidID=544637>

Datenblatt Nr. 2.14

ARD Panorama

05.07.2012 | 21.45 Uhr

Wärmedämmung: Wie aus Häusern Brandfallen werden

von Bastian Berbner, Christian Kossin & Güven Purtul

Die Energiewende hat Styropor zum besten Freund vieler Politiker gemacht: Mit dem Material dämmen Millionen Deutsche ihre Häuser, kräftig subventioniert mit Milliarden aus der Staatskasse. So bleiben die Wohnungen im Winter warm und im Sommer kühl. Das spart Energie und schützt das Klima. Alles gut also, wäre da nicht der lästige Brandschutz.



Wärmedämmung: Wie aus Häusern Brandfallen werden

Mit Styropor dämmen Millionen Deutsche ihre Häuser, kräftig subventioniert mit Milliarden aus der Staatskasse. Doch im Falle eines Feuers kann das verheerende Folgen haben.

Brandriegel bei Großfeuer in Frankfurt nutzlos

Wie sich vor wenigen Wochen in Frankfurt dramatisch bestätigte, kann die Styropor-Dämmung im Falle eines Feuers verheerende Folgen haben. Dies hatte ein [Brandtest der Sendung "45 Min" im NDR-Fernsehen](#) bereits vor einem Jahr ergeben. Das Ergebnis war von der Industrie und vom zuständigen Deutschen Institut für Bautechnik bestritten worden. Begründung: Beim Test hätten sogenannte "Brandriegel" gefehlt.

Die bieten eine trügerische Sicherheit, wie der Großbrand in Frankfurt beweist: Hier konnten die Brandriegel das Feuer nicht stoppen. Feuerwehrleute fordern deshalb das Ende von Styropor als Dämmmaterial. Die Politik wiegelt ab und will erst mal alles in Ruhe prüfen.

Link zum Artikel:

<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2012/waermedaemmung193.html>

Aus dem Ressort: 45 Min im NDR-Fernsehen: 26.11.12 | 22:00 Uhr

Wärmedämmung - Der Wahnsinn geht weiter

Die Folgen des Dämmens mit Styropor können verheerend sein: für das Wohnklima und auch im Brandfall. Wer profitiert von den ständig verschärften Energiesparverordnungen? | [mehr](#)

Datenblatt Nr. 2.12

Biogasanlagen verseuchen Trinkwasser

In vielen Regionen hat es seit 2006 einen massiven Zubau von Biogasanlagen gegeben (Plusminus, ARD, 23.10.2013). Das wird zu einem Problem für das Grundwasser bzw. Trinkwasser. Das hochlösliche Salz kann sich im menschlichen Körper zu Nitrosaminen umwandeln. Die stehen im Verdacht, Krebs zu verursachen. Egon Harms vom Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband beobachtet, dass die Nitratwerte seit 2006 stark steigen. Das Wasser enthält 221 Milligramm Nitrat pro Liter – viermal mehr als der gesetzliche Grenzwert von 50 Milligramm. Auch bundesweit liegt der Nitratgehalt an vielen Messstellen über dem Grenzwert.



60 Prozent des Grundwassers in Niedersachsen sind stark mit Nitrat belastet, teilt das Landwirtschaftsministerium Niedersachsen auf Anfrage von Plusminus mit.

In einer aktuellen Pressemitteilung teilt die EU-Kommission mit, dass die Wasserqualität in Deutschland und Malta am schlechtesten sei.

Dennoch bezuschusst die Bundesregierung mit einem Güllebonus die Verwendung von Gülle in einer Biogasanlage. Das hat zu einer Konzentration von Biogasanlagen in Regionen mit vielen Ställen geführt. Eine Überdüngung muss gesetzlich verboten werden, fordert Professor Friedhelm Taube.

Er berät als Sachverständiger die Bundesregierung und leitet das Versuchsgut Lindhof in Schleswig-Holstein. (Artikel gekürzt)

Autorin: Alexa Höber

Link zum vollständigen Artikel:

<http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/ndr/2013/20131023-Muell-100.html>

Kommentar von Walter Back:

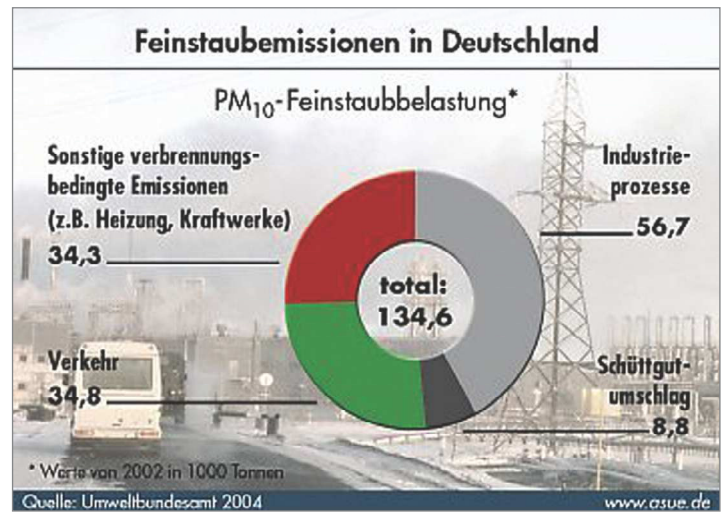
Auch ein Fall, bei dem die Bevölkerung bislang vergeblich vor größeren Gesundheitsrisiken gewarnt wurde.

Datenblatt Nr. 2.19

Feinstaub

Der Fluglärm (plus Lärm aller Art wie Bahn- und Lkw-Lärm), Luftschadstoffe (z. B. Feinstaub), Kerosin, Radar und Elektromogdringen permanent in den eigenen Wohnbereich, in Krankenhäuser, Altenheime, Schulen, Kindergärten usw. vor.

Daten für den Frankfurter Raum:
Die Folgen nur durch die nächtlichen Flüge bis 2021: 3.400 vorzeitige Todesfälle und 1,6 Mrd. € zusätzliche Krankheitskosten (nach einer aktuellen Studie der Epidemiologen E. Greiser und G. Glaeske).



Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge treten bei einer hohen Konzentration von Feinstaub verstärkt Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen auf – wie zum Beispiel Lungenkrebs. Denn kleinste Teilchen können beim Einatmen bis in die Lungenbläschen und den Blutkreislauf gelangen und sich so im ganzen Körper verteilen.

Zum Schutz der Gesundheit gilt in Deutschland seit 2005 die Feinstaub-Richtlinie der Europäischen Union. Die Weltgesundheitsorganisation rät jedoch, die gültigen Grenzwerte zu verschärfen.

Nach Angaben des Umweltbundesamtes gehen allein in Deutschland im Durchschnitt rund 47.000 Todesfälle jährlich auf die Belastung mit Feinstaub zurück. (Gekürzter Text)

Quelle: dpa

Im Jahr 2010 ist die jährliche Todesrate, bedingt durch Schadstoffe in der Luft, auf etwa 406.000 Tode gestiegen. (Quelle: Artikel in Datenblatt Nr. A 2001)

"Ein Riesenproblem": Recycler kritisieren Windrad-Entsorgung – laut Firma Remondis, Lünen.

Mo., 29.05.2017



Noch wird hier aufgebaut: ein Windrad bei Tribsees in Mecklenburg-Vorpommern.
(Foto: picture alliance / Jens Büttner/)

Tausende Windräder sind in Deutschland im Einsatz, viele müssen demnächst entsorgt werden. Und da gibt es massive Schwierigkeiten, warnen Recyclingunternehmen. "Wir kriegen die nicht mehr auseinander", heißt es.

Windparks arbeiten umweltfreundlich und ohne den Klimakiller CO₂ – bis sie ausrangiert werden. Danach sieht die grüne Bilanz weniger positiv aus. Die riesigen Rotorblätter der Windanlagen aus mit Harz verklebten Glasfaser- oder Carbonverbundstoffen lassen sich bisher kaum wiederverwerten. Sie werden meist geschreddert und verbrannt und belasten dabei auch noch die Filter der Öfen. Mehr als 28.000 Windkraftanlagen sind derzeit bundesweit im Landesinneren und in der Nord- und Ostsee im Einsatz.

Quelle: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Recycler-kritisieren-Windrad-Entsorgung-article19864375.html>

Datenblatt Nr. 2.28